

ALLGEMEINES

DZI Spenden-Almanach 2013. Der wohl bekannteste deutsche Spendenratgeber, der DZI Spenden-Almanach, ist im Dezember mit seiner aktuellen Ausgabe erschienen. Auf 368 Seiten bietet er ausführliche Einzelportraits aller Spenden-Siegel-Organisationen, Spenden-Tipps zu verschiedenen Themen, umfangreiche Statistiken zu den Finanzen und Organisationsstrukturen sowie vier Fachbeiträge zu aktuellen Spendenthemen. Das E-Book kostet 9,80 Euro und kann online auf der Website des DZI bestellt werden: www.dzi.de. Die Buchausgabe ist zum Preis von 12,80 Euro im Buchhandel (ISBN 978-3-9812634-5-9) oder über das DZI erhältlich. *Quelle: Mitteilung des DZI vom Dezember 2013*

Ausschreibung für den Medienpreis der Freien Wohlfahrtspflege. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) sucht für den diesjährigen Medienpreis journalistische Arbeiten aus den Bereichen Print, Hörfunk und Fernsehen, die im Jahr 2013 erstmals veröffentlicht wurden und sich mit den besonderen Situationen oder Problemen Not leidender und sozial benachteiligter Menschen in Deutschland auseinandersetzen. Bewerbungsschluss ist der 1. März 2014. Informationen stehen im Internet unter http://www.bagfw.de/fileadmin/media/Projekte2014/gesamt_131212_DSP_Ausschreibung2014.pdf. *Quelle: Mitteilung der BAGFW vom 17.12.2013*

Sinkendes Rentenniveau. Nach Informationen der Bundesregierung wird die gesetzliche Rente in Zukunft noch weniger ausreichen, den Lebensstandard aus der Zeit der Berufstätigkeit aufrechtzuerhalten, denn das Sicherungsniveau vor Steuern werde von 48,7 % im Jahr 2013 auf 47,5 % im Jahr 2020 und weiter auf 45,4 % im Jahr 2027 zurückgehen. Bis zum Jahr 2030 könne man mit einem Rentenniveau von 43 % rechnen. Auch wenn es ratsam sei, eine zusätzliche Vorsorge zu treffen, bleibe die gesetzliche Rente weiterhin der zentrale Baustein der Altersversorgung. Die Zahl älterer Erwerbstätiger ist im Laufe der vergangenen Jahre deutlich gestiegen. So hat sich die Erwerbstätigenquote unter den 60- bis 64-Jährigen von 2000 bis 2012 mehr als verdoppelt. Bei den älteren Männern stieg die Quote in dem Zeitraum von 28 auf 55 %, bei den Frauen von 12 auf 39 %. Es ist davon auszugehen, dass die Erwerbsbeteiligung älterer Menschen weiter zunehmen werde. *Quelle: hib vom 30.12.2013*

Stiftungsreport 2013/14. Auftrag Nachhaltigkeit: Wie Stiftungen Wirtschaft und Gemeinwohl verbinden. Hrsg. Bundesverband Deutscher Stiftungen. Berlin 2013, 136 S., kostenlos *DZI-E-0719*
Der seit dem Jahr 2006 jährlich erscheinende Stiftungsreport zeigt, wie sich Stiftungen gesellschaftlichen Herausforderungen stellen und auf welche Weise sie zur Über-

windung von Problemen beitragen. Die aktuelle Ausgabe widmet sich dem Thema Social Entrepreneurship, der auf einen gesellschaftlichen Wandel abzielenden unternehmerischen Tätigkeit. Im Mittelpunkt steht hierbei die Frage, wie nachhaltige Stiftungen aufgestellt sind und inwiefern sie dauerhafte Ergebnisse anvisieren. Des Weiteren wird untersucht, wie sie sich langfristig am besten fördern lassen, wie sie Einfluss auf die Ausgestaltung der Ökonomie nehmen, welche Debatten sie initiieren und welchen Beitrag sie leisten, damit sich ein effektiveres Wirtschaften durchsetzt. Der Bericht schließt mit einer Beurteilung der Stiftungsaufsicht, Zahlen zur deutschen Stiftungslandschaft und Kurzporträts einzelner Institutionen. Bestellanschrift: Bundesverband Deutscher Stiftungen, Mauerstraße 93, 10117 Berlin, Tel.: 030/89 79 47-0, Internet: www.stiftungen.org

SOZIALES

Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin. Das seit dem Jahr 1998 von der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Urbanistik, der HafenCity Universität Hamburg und der Universität Hamburg durchgeführte Projekt „Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin“ widmet sich der sozialwissenschaftlichen Untersuchung der sozialräumlichen Lage und Entwicklung in den Quartieren und dient damit als wesentliche Grundlage für die Berliner Stadtentwicklungspolitik. Nach 15 Jahren soll nun eine Überprüfung auf Modifizierungsbedarf und Fortschreibung erfolgen. Konkret geplant sind eine Nutzerbefragung, eine Analyse der aktuellen Indikatoren unter Berücksichtigung weiterer Berichtssysteme in der Berliner Verwaltung sowie in anderen Städten, die Durchführung von Fachgesprächen, ein Vorschlag für die Weiterentwicklung der Initiative, eine Berechnung des Monitorings für das Jahr 2013 und die Erstellung eines ausführlichen Berichtes. *Quelle: Difu-Berichte 4.2013*

Armutsbericht 2013 des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Mit seinem am 19.12.2013 veröffentlichten Armutsbericht 2013 warnt der Paritätische Gesamtverband vor einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich. Die Armutsquote habe im Jahr 2012 bei 15,2 % gelegen. Auffallend seien große Unterschiede zwischen einzelnen Regionen. Während in Baden-Württemberg (11,2 %) und Bayern (11,1 %) die Armutsquote sinke, sei sie in einigen anderen Bundesländern gestiegen und liege in Sachsen-Anhalt, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen inzwischen bei über 20 %. Besonders problematisch zeige sich die Lage in dem verschuldeten Ruhrgebiet. Um der Negativentwicklung entgegenzuwirken, bedürfe es gezielter finanzieller Hilfen und sozialer Programme. So fordert die Nationale Armutskonferenz, ein Zusammenschluss einiger Sozial- und Wohlfahrtsverbände, eine Erhöhung der Regelsätze zur Sicherung des Lebensunterhalts nach SGB II, Beschäftigungsangebote

für langzeitarbeitslose Menschen und eine Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus. *Quelle: Der Paritätische Medien-Service 22.2013*

Behindertenbeauftragte fordern umfassende Partizipation. Im Rahmen ihres 46. Treffens am 29. und 30. Oktober 2013 formulierten die Behindertenbeauftragten des Bundes und der Länder mit der „Frankfurter Erklärung“ eine Aufforderung an die neue Bundesregierung, das Recht auf eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit einem Handicap wirksam umzusetzen. Wünschenswert seien die Umwandlung der Eingliederungshilfe in ein im Sozialgesetzbuch IX verankertes Teilhabeleistungsgesetz, die Verstärkung der Inklusion in Kita, Schule, Ausbildung und Beruf, eine Ausweitung der Barrierefreiheit und eine Verbesserung der Teilhabe und Rehabilitation im Gesundheitssystem. Der Appell befindet sich im Internet unter www.bar-frankfurt.de. *Quelle: Reha-Info der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation 6.2013*

Projekt gegen Altersarmut. Da jede vierte alleinwohnende Pensionärin in Österreich von Armut bedroht ist, gründete die „Diakonie Miteinander leben“ in Graz, eine Organisation für betreutes Wohnen, im Dezember 2013 die Initiative „eine von vier“, um die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren und den betroffenen Frauen mit Nahrungsmittelgutscheinen und finanziellen Zuwendungen zu helfen. Darüber hinaus sollen die häufig zurückgezogen lebenden Seniorinnen mithilfe freiwilliger Kräfte aktiv in die Gemeinschaft der evangelischen Kirche hereingeholt werden. *Quelle: Themen 5.2013*

GESUNDHEIT

Gutachten des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen oft fehlerhaft. Wie eine Auswertung des Sozialverbandes Deutschland (SoVD) ergab, liefern die bei wichtigen Entscheidungen der Kranken- und Pflegekassen erforderlichen Gutachten des MDK häufig falsche Ergebnisse. Im Jahr 2013 sei bei 318 von 814 Beratungen Widerspruch eingelegt und 82 Mal Klage erhoben worden. Bei 193 Gutachten wurden Fehler festgestellt. Die Ursachen für die Unstimmigkeiten lägen zum einen im Stolz pflegebedürftiger Menschen, der zu Fehlinformationen hinsichtlich der Bedarfslage und damit zu einer Fehleinschätzung der Pflegestufe führen könne. Hinzu komme ein enormer Zeitdruck, denn für eine Begutachtung würden teilweise nur 15 Minuten veranschlagt. Um dem Missstand zu begegnen, rät der SoVD zu einer Erweiterung der personellen Ressourcen. *Quelle: SoVD Berlin-Brandenburg 1.2014*

Online-Instrumente „Gesund aufwachsen für alle“. Das vor einem halben Jahr im Internet unter www.info-ro-online.de eröffnete Portal „Gesund aufwachsen für alle“ wurde vereinfacht und nach den Wünschen der

28.-29.3.2014 Freiburg im Breisgau. DGSA-Promotionskolloquium für Absolventinnen und Absolventen von Studiengängen der Sozialen Arbeit. Information: Evangelische Hochschule Freiburg, Bugginger Straße 38, 79114 Freiburg, Rektoratssekretariat Gudrun Krug, Tel.: 07 61/ 478 12-20, E-Mail: krug@eh-freiburg.de

3.-4.4.2014 Berlin. Fachtagung: Grenzgänger, System-sprenger, Verweigerer: Wege, schwierig(st)e Kinder und Jugendliche (besser) ins Leben zu begleiten. Information: Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/390 01-136, E-Mail: agfj@difu.de

3.-4.4.2014 Tübingen. Methodenwerkstatt qualitative Forschung. Information: Universität Tübingen, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Institut für Soziologie, Wilhelmstraße 36, 72074 Tübingen, Tel.: 070 71/ 297 54 97, E-Mail: qualitative-forschung@ifsoz.uni-tuebingen.de

8.4.2014 Berlin. Schlusskonferenz des europäischen Projekts zur Förderung des Erkenntnisgewinns im Safer Internet Programm: SocialWeb – SocialWork. Information: Stiftung Digitale Chancen, Chausseestraße 15, 10115 Berlin, Tel.: 030/43 72 77-30, E-Mail: cbretl@digitale-chancen.de

7.-9.4.2014 Budenheim. Zusatzqualifikation: Die Situation von Kindern psychisch kranker Eltern verstehen und angemessen intervenieren. Information: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Zeilweg 42, 60439 Frankfurt am Main, Tel.: 069/95 78-153, E-Mail: veranstaltungen@iss-ffm.de

29.-30.4.2014 Berlin. Fachtagung: Jugendamt und Jobcenter: gemeinsames Potenzial für die soziale und berufliche Integration junger Menschen. Information: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Frau Larissa Meinunger, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-419, E-Mail: meinunger@deutscher-verein.de

12.-13.5.2014 Karlsruhe. 19. Deutscher Präventionstag. Information: Deutscher Präventionstag gGmbH, Am Waterlooplatz 5 A, 30169 Hannover, Tel.: 05 11/235 49 49, E-Mail: dpt@praeventionstag.de

15.-16.5.2014 Berlin. Fachtagung: Jugendhilfe in Veränderung – Organisations- und Qualitätsentwicklung als Daueraufgabe. Information: Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/390 01-136, E-Mail: agfj@difu.de

22.-23.5.2014 Heidelberg. Fachkongress: Abstürzende Jugendliche. Übergänge – Grenzgänge – Zugänge. Information: Die Kinderschutz-Zentren, Bonner Straße 145, 50968 Köln, Tel.: 02 21/56 97 53, E-Mail: die@kinderschutz-zentren.org

Nutzerinnen und Nutzer um einige Funktionen erweitert. Beispielsweise wurden Eintragungen erleichtert, indem die Basisdaten für alle Kommunen bereits vorgegeben sind. Darüber hinaus können neben den Kommunen nun auch Organisationen, Programme und Gruppen das Angebot nutzen, um eine Seite anzulegen und Termine zu koordinieren. Die Website bietet die Möglichkeit zum Zugriff auf Arbeitsmaterialien und zum Austausch von Erfahrungen und Wissen zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen „Gesundheitschancen sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher nachhaltig verbessern“. Die von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung ins Leben gerufene Initiative wird in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem Gesunde-Städte-Netzwerk realisiert. *Quelle: Newsletter Gesundheitliche Chancengleichheit Ausgabe 7.2013*

Deutsche Schmerzgesellschaft fordert effektivere schmerztherapeutische Versorgung. Anlässlich der Amtseinführung der neuen Bundesregierung hofft die Deutsche Schmerzgesellschaft, diese möge sich damit befassen, das Leid mehrerer Millionen schmerzkranker Patientinnen und Patienten zu lindern. Über die im Koalitionsvertrag festgelegten Punkte hinaus bedürfe es einer Koordinierung von Maßnahmen auf Bundes- und Länderebene sowie zwischen den unterschiedlichen Akteuren des Gesundheitswesens, um ein „Nationales Aktionsprogramm gegen den Schmerz“ auf den Weg zu bringen. Des Weiteren müsse eine spezifische Arbeitsgruppe eingerichtet werden. Mit dem Nationalen Aktionstag gegen den Schmerz am 3. Juni 2014 und dem 1. Nationalen Schmerzforum in Berlin am 17. September 2014 möchte die Deutsche Schmerzgesellschaft ein öffentliches Bewusstsein schaffen und die Situation der Betroffenen verbessern. *Quelle: Mitteilung der Deutschen Schmerzgesellschaft vom 20.12.2013*

Positionspapier „Ambulante gesundheitliche Beratung“. Die Deutsche Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen e.V. (DVSG) hat ein Positionspapier zur psychosozialen Beratung von erkrankten Menschen und deren Angehörigen veröffentlicht, das sich insbesondere dem Zugang sozial benachteiligter Gruppen zur ambulanten gesundheitsbezogenen Beratung widmet. Neben Hinweisen zur Funktion der Sozialen Arbeit in diesem Bereich formuliert die DVSG Empfehlungen für die Verbesserung der Beratungsleistungen. Das Papier kann im Internet unter <http://dvsg.org/hauptnavigation-links/aktuelles/stellungnahmen-positionen/> eingesehen werden. *Quelle: DVSG-Newsletter 4/2013*

Projekte „Palliative Praxis“ im letzten Förderungs-jahr. Seit dem Jahr 2011 fördert die Robert Bosch Stiftung innovative Ansätze der Palliativpflege. Das Programm richtet sich insbesondere an Träger von ambulanten Diensten und Altenhilfeeinrichtungen, an Arztpraxen, Krankenhäuser, Hospize, Kommunen und Landkreise. Wer

neue Projektideen vorstellen möchte, kann sich noch bis zum 15.4.2014 bewerben. Willkommen sind Themen wie die Vernetzung und Kooperation mit anderen Institutionen und Professionen, die Qualifikation der Mitarbeitenden und die Entwicklung einer palliativ-hospizischen Kultur. Informationen stehen im Internet unter www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/6780.asp. *Quelle: DEVAP impuls 4.2013*

JUGEND UND FAMILIE

Serviceangebot für Familienhebammen. Um ihnen bei der Erfüllung der Dokumentationspflicht zur Seite zu stehen, hat das Nationale Zentrum Frühe Hilfen in Kooperation mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg eine qualitätsgesicherte Dokumentationsvorlage für Familienhebammen und Fachkräfte vergleichbarer Gesundheitsberufe entwickelt, deren Aufgabe darin besteht, Eltern in kritischen Lebenssituationen bis zu einem Jahr nach der Geburt eines Kindes zu begleiten und Anleitungen zu dessen Pflege, Ernährung und Entwicklung zu geben. Die Dokumentationsvorlage steht im Internet unter www.fruehehilfen.de/serviceangebot-des-nzfh/materialien/publikationen zum Download bereit. *Quelle: Mitteilung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung Köln vom 17.12.2013*

Schulversäumnisse – Jugendhilfe und Schule in einem Boot? Hrsg. Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH. Selbstverlag. Berlin 2013, 172 S., EUR 19,- *DZI-E-0691*

Zum Thema des Schulabsentismus von Kindern und Jugendlichen fand am 14. und 15. März dieses Jahres eine Fachtagung in Potsdam statt, deren Beiträge in dieser Broschüre zusammengestellt sind. Im Mittelpunkt stehen Fragen der Prävention, das Bildungsverständnis der Jugendhilfe, die Reintegration nach vormaliger Schulverweigerung und begleitende schulische Angebote wie Lerninseln, sonderpädagogische Förderung, temporäre Lerngruppen, schulische Beratung, Schulwegbewältigung und die Jugendmanufaktur, eine Tagesgruppe in Berlin zur Vorbereitung auf einen Schulabschluss. Weitere Beiträge befassen sich mit den Anzeichen und Ursachen für Schulversäumnisse, der interinstitutionellen Kooperation und der Elternarbeit. Darüber hinaus dokumentiert die Handreichung eine Podiumsdiskussion mit Vorschlägen und Ansätzen verschiedener Projekte und Initiativen zur Eindämmung des Problems. Bestellschrift: Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe in der Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/390 01-136, Internet: www.fachtagungen-jugendhilfe.de

Ausdehnung der Caritas-Gewaltberatung für Männer. Die vor rund zehn Jahren initiierte Gewaltberatung der Caritas für Männer wird ausgebaut und kann künftig an vier Standorten in der Diözese Münster

(Münster, Hamm, Herten und Warendorf) angeboten werden, denn das Bistum hat einer dauerhaften Förderung zugestimmt. Zielgruppe sind männliche Jugendliche und Erwachsene, die bei Konflikten mit Gewalt reagieren oder befürchten, gewalttätig werden zu können. Diese sollen angehalten werden, die Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen und neue Bewältigungsstrategien zu erlernen. Die anonyme Leistung ist kostenpflichtig und richtet sich nach dem Einkommen der Klienten. *Quelle: Mitteilung des Caritasverbandes der Diözese Münster vom 18.12.2013*

AUSBILDUNG UND BERUF

Studie zum Projekt „Perspektive Wiedereinstieg“.

Im Rahmen des seit dem 1. März 2009 laufenden, vom Europäischen Sozialfonds geförderten Modellprojektes „Perspektive Wiedereinstieg“ des Bundesfamilienministeriums und der Bundesagentur für Arbeit wird Frauen und teilweise auch Männern nach einer mindestens dreijährigen familienbedingten Erwerbspause der Wiedereinstieg in das Berufsleben erleichtert. Einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zufolge konnten durch das Programm rund 70 % der Teilnehmenden wieder in das Arbeitsleben integriert werden, wenngleich diese häufig unterhalb ihres eigentlichen Ausbildungsniveaus tätig seien. Besonders stark genutzt würden in diesem Kontext Orientierungsange-

bote zur Klärung beruflicher Ziele und geeigneter Qualifizierungsbedarfe. Entsprechende Fortbildungsmaßnahmen können von der Bundesagentur für Arbeit finanziert werden. Die Forscherinnen empfehlen, künftig niedrig qualifizierte Frauen stärker zu fördern. Informationen können im Internet unter www.perspektive-wiedereinstieg.de abgerufen werden. *Quelle: Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 12.12.2013*

Online-Berufsportal für den öffentlichen Dienst.

Um jungen Menschen nach Schule und Studium Beistand bei der Berufswahl zu leisten, hat die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) am 1. Januar 2014 ein neues Online-Berufsportal gestartet. Unter der Adresse www.oeffentlicherdienst.de befinden sich nützliche Informationen über Berufe im öffentlichen Dienst und über die Beamtenlaufbahn, Adressen von Hoch- und Fachschulen, ein Bewerbungsratgeber sowie eine Suchplattform zu Stellenangeboten des Bundes, der Länder und der Kommunen. Im Falle einer Mitgliedschaft besteht die Möglichkeit, sich von ehrenamtlichen Kräften persönlich beraten zu lassen. *Quelle: Presseinformation von ver.di vom 30.12.2013*



Wir bringen Licht ins Dunkel.

Zum Beispiel für die Beurteilung von Investitionsentscheidungen. Dafür haben wir ein Analyse-Paket entwickelt, das Ihnen Sicherheit gibt, Ihre beabsichtigte Investition in allen Belangen vorher durchleuchtet zu haben.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.



**Bank
für Sozialwirtschaft**

Berlin | Brüssel | Dresden | Erfurt | Essen | Hamburg | Hannover | Karlsruhe | Kassel
Köln | Leipzig | Magdeburg | Mainz | München | Nürnberg | Rostock | Stuttgart

www.sozialbank.de